

Polizisten sehen Nato-Gipfel mit flauem Gefühl entgegen

Jeder vierte Polizeibeamte im Land muss das Staatstreffen in Baden-Baden schützen - 600 gewalttätige Linksextremisten bekannt

STUTTGART. Am 3. und 4. April treffen sich die Regierungschefs der Nato-Staaten in Baden-Baden und Straßburg. Für die Polizeibeamten im Land wurde eine Urlaubssperre verhängt. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter hat Sicherheitsbedenken.

Von Rüdiger Bäßler

Bei der Landespolizeidirektion Freiburg bereitet derzeit ein Planungsstab mit der abkürzenden Bezeichnung BAO (Besondere Aufbauorganisation Atlantik) den Polizeigroßeinsatz zum Doppelgipfel vor. Von den insgesamt 24 500 uniformierten Polizeibeamten im Land werden 6000 in Baden-Baden zusammengezogen, so viele wie noch nie zuvor anlässlich eines Großereignisses. Rechnerisch jeder vierte Polizist aus dem Land muss folglich in die Kurstadt an der Oos. Vom 27. März bis 5. April hat das Innenministerium ein Urlaubsverbot über den gesamten Polizeiapparat verhängt.

Trotz hoher Überstundenberge und örtlicher Stellenknappheit gingen die Kollegen mit der Anordnung derzeit "professionell" um, sagt Manfred Klumpp, Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. "Das liegt vor allem daran, dass wir noch gar nicht genau wissen, was auf uns zukommt", sagt Klumpp. Dringendere Sorgen bereitet ihm derzeit die Sicherheit der Beamten während des Einsatzes. Nächste Woche will eine BDK-Abordnung vor Ort vom Freiburger Planungsstab wissen, wie es um Schutzausrüstung und Unterbringung der Beamten steht. Klumpp ahnt: "Eine hundertprozentige Sicherheit wird es für uns Polizisten nicht geben können."

Das Innenministerium will tun, was möglich ist. "Das Konzept ist noch nicht fertig", sagt eine Sprecherin. Das Land steht vor einer kniffligen Aufgabe. Die Erinnerungen an das G-8-Gipfeltreffen im Juni 2007 in Heiligendamm sind wach. Mehr als die Abkommen zwischen den Staatschefs in dem Seebad 15 Kilometer westlich von Rostock haben sich die Bilder schwerer Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei ins Gedächtnis der Öffentlichkeit gebrannt. In Sichtweite der Schlusskundgebung kam es zwischen rund 2000 gewalttätigen Autonomen des sogenannten Schwarzen Blocks und etwa 5000 Polizisten zu teilweise blutigen Auseinandersetzungen mit vielen Verletzten. "Diese Bilder von Heiligendamm sind in alle Welt gegangen", erinnert die Ministeriumssprecherin.

Dabei wurde Heiligendamm von hohen Zäunen geschützt. "Heiligendamm war abgeriegelt. Aber das können Sie mit Baden-Baden nicht machen", warnt die Sprecherin. Dass es im April zu Demonstrationen linker Gruppierungen kommen wird, steht für die Sicherheitskräfte schon heute fest. Im Internet fänden sich bereits Demonstrationsaufrufe, heißt es aus Heribert

Rechts Ressort. Nach offiziellen Angaben sind bundesweit 6000 gewaltbereite Linksextremisten bekannt, 600 davon haben ihren Wohnsitz in Baden-Württemberg.

Mit Camps werde gerechnet, in denen die Gipfelgegner übernachten und sich versammeln. Das Innenministerium will diese Camps streng im Auge behalten. "Die werden Auflagen bekommen. Es kann nicht sein, dass das anonyme Rückzugsräume sind oder dort womöglich Straftaten vorbereitet werden", so die Sprecherin. Dass das Land Millionen Euro für den Schutz des Gipfels ausgibt, aber als Schauplatz von Gewalt internationale Bekanntheit erlangt, das fürchten viele in der Stuttgarter Regierungszentrale. Auch rund 3000 Medienvertreter werden Anfang April erwartet.

Erfahrungen von der Fußballweltmeisterschaft 2006 könnten den Polizisten helfen. Wieder soll mit ausländischen Polizeispezialisten zusammengearbeitet werden. Bekannte Gewalttäter werden von mobilen Einheiten bereits auf Autobahnen, an Bahnhöfen und Flughäfen abgefangen werden. Manfred Klumpp vom Bund der Kriminalbeamten erwartet nicht nur weitere Überstunden für die abgeordneten Kollegen, sondern auch für diejenigen, die in den Dienststellen bleiben: "Die müssen die Löcher stopfen."

10.01.2009 - aktualisiert: 10.01.2009 05:50 Uhr